

Deutsche MittelstandsNachrichten

powered by  QUADRIGA CAPITAL

Unternehmen

Familienbetriebe: Weniger Schulden, mehr Wachstum

Familien-Unternehmen sind vorsichtiger und denken langfristiger als ihre Konkurrenz / Deutsche gehören zu Spitzenreitern

Börsennotierte Familienunternehmen arbeiten laut einer Studie weltweit profitabler als andere Firmen. Ihre Aktien hängen daher langfristig den breiten Markt ab, wie es in einer umfangreichen Studie der Großbank Credit Suisse heißt, die kürzlich in London veröffentlicht wurde.

Firmen in Familienhand erzielten ein höheres Umsatzwachstum bei einer niedrigeren Verschuldung, schreiben die Ökonomen in dem Papier, für das mehr als 1000 Unternehmen aus Europa, Asien und den USA über zehn Jahre analysiert wurden. Zudem bleibe bei ihnen mehr vom Umsatz als Betriebsgewinn (Ebitda) übrig, und die Rendite im operativen Geschäft sei höher. Die Unternehmen wurden gemessen an einer Kontrollgruppe aus 7000 nicht-familiengeführten Firmen, berichtet die dpa.

ADS	209,400	(208,800 / 208,800)
ALV	181,620	(181,760 / 181,760)
BAS	77,900	(77,790 / 77,790)
BAYN	78,860	(78,960 / 78,980)
BEI	98,540	(98,540 / 98,580)
BMW	81,830	(82,020 / 82,030)
CBK	8,548	(8,550 / 8,557)
CON	153,700	(153,700 / 153,750)
IOOV	71,360	(71,360 / 71,500)
DAI	54,450	(54,450 / 54,560)
DB1	117,900	(117,900 / 117,900)
DBK	9,974	(9,974 / 9,969)
DPW	30,900	(30,800 / 30,870)
DTE	13,490	(13,490 / 13,465)
EOBN	8,989	(8,989 / 8,985)

Familienunternehmen können sich vom kurzfristigen Denken an der Börse ein Stück weit lösen.

Foto: dpa

Mehr Investment in Forschung und Entwicklung

Familienunternehmen seien vorsichtiger und könnten sich vom kurzfristigen Denken an der Börse mit dem Fokus auf Quartalszahlen ein Stück weit lösen. „Sie sind langfristiger ausgerichtet, hängen weniger stark von Fremdfinanzierung ab und investieren mehr in Forschung und Entwicklung“, erklärte Studienautor Eugène

Klerk. Familienunternehmen schnitten in jeder Region und jeder Branche besser ab als vergleichbare andere Firmen, unabhängig von der Größe.

Die Familienfirmen mit der besten Geschäftsentwicklung weltweit kommen demnach aus Deutschland, Italien, China und Indien. Beim Blick auf die Aktien legten im europäischen Vergleich die deutschen Familienfirmen im Schnitt am stärksten zu, gefolgt von niederländischen. In der Rangliste mit der besten Börsenentwicklung über drei, fünf und zehn Jahre belegten hiesige Unternehmen alleine die obersten vier Plätze.

An der Spitze steht der Softwarekonzern Nemetschek, gefolgt vom Medizintechnik-Unternehmen Sartorius, dem Leasing-Spezialisten Grenke und dem Autovermieter Sixt. Weit vorne liegen auch die großen Familienkonzerne Kering und Christian Dior aus Frankreich sowie der italienische Autobauer Fiat Chrysler.

Analyse

Offene Stellen bei Ingenieurberufen auf Höchststand

Im zweiten Quartal 2018 waren monatsdurchschnittlich 129.470 offene Stellen zu besetzen, wovon 85.880 auf die acht klassischen Ingenieurberufskategorien und 43.590 auf Informatikberufe entfielen. Zu diesem Ergebnis kommt der neue Ingenieurmonitor, den das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des VDI vierteljährlich erstellt. Damit erreicht die Arbeitskräftenachfrage in den Ingenieurberufen ein neues Rekordniveau. Im Vergleich zum Vorjahresquartal bedeutet dies ein Plus von 11,3 Prozent beziehungsweise knapp 13.160 zusätzliche Vakanzen.

Die weiterhin steigende Nachfrage nach Ingenieur- und IT-Know-how hat vielerlei Gründe. Zu den Treibern zählt die zunehmende Durchdringung der

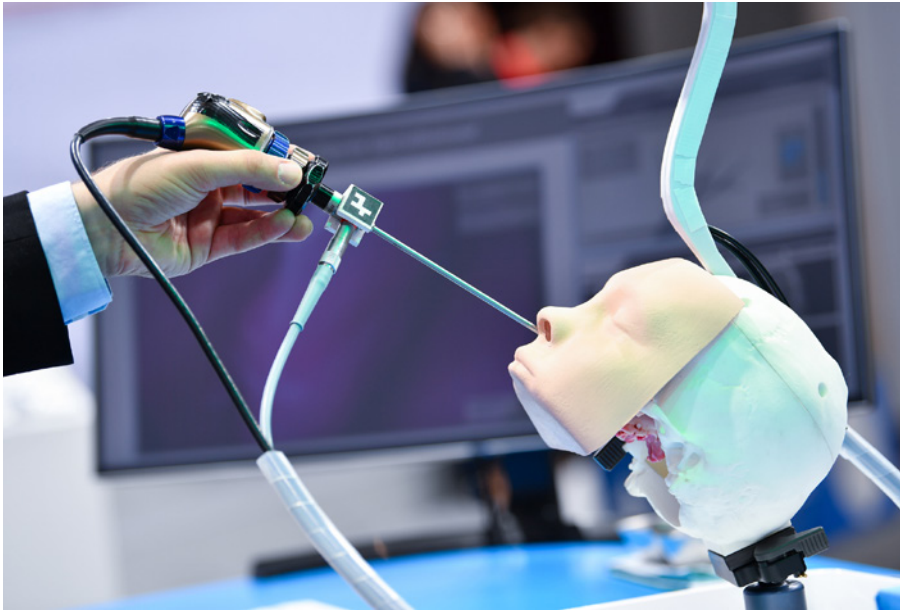
Gesellschaft und der Wirtschaft mit Digitalisierungstechnologien wie automatisiertem Fahren, IT-Sicherheit und Entwicklungen von Lösungen für das Smart Home. Dementsprechend suchen viele Unternehmen nach qualifiziertem Personal, um insbesondere IT- und Digitalisierungsprojekte umzusetzen. Doch die steigende Nachfrage bei einem gleichzeitig geringen Arbeitskräfteangebot verschärft die Engpässe und wirkt sich hemmend auf das Wachstum aus. So gaben im Rahmen einer Mittelstandsumfrage der DZ Bank zwei Drittel der Unternehmen an, Probleme bei der Mitarbeitersuche zu haben, jedes sechste unter ihnen konnte aufgrund dessen IT- oder Digitalisierungsprojekte nicht verwirklichen.

Die Informatikberufe bilden im zweiten Quartal 2018 mit monatsdurchschnittlich 43.590 offenen Stellen die größte Kategorie des Stellenangebots in den Ingenieurberufen. Gesucht werden insbesondere Schnittstellenkompetenzen von IT und Elektrotechnik. Auch die Bauingenieurberufe konnten mit rund 33.680 offenen Stellen weiterhin eine sehr hohe Nachfrage verzeichnen. Weiterhin waren in den Bereichen Maschinen- und Fahrzeugtechnik sowie Energie- und Elektrotechnik zusammengekommen 33.710 Vakanzen gemeldet, was einem Anteil von rund 26 Prozent des Gesamtstellenangebots in den Ingenieurberufen entspricht.

Fortschritt

Mittelstand stoppt Investitionen in Innovationen

Nur jeder fünfte Mittelständler will in den kommenden Jahren seine Innovationskraft ausbauen /Wettbewerbsfähigkeit leidet



Blieben Innovationen aus, droht der Anschluss an neue Märkte verloren zu gehen.

Foto: dpa

In Deutschland will einer Umfrage zufolge weniger als ein Drittel der Unternehmen Geld in Innovation stecken. Bei kleineren Firmen plant dies in den nächsten drei Jahren sogar nur jeder fünfte Betrieb, wie aus einer Mittelstandsumfrage der DZ Bank

unter 800 Unternehmen hervorgeht. Nur die Hälfte der Firmen will mit Ausgaben in Innovationskraft neue Produkte entwickeln oder neue Geschäftsfelder erschließen. Für 92 Prozent stehe hingegen im Vordergrund, die Effizienz zu erhöhen.

DZ-Bank-Firmenkundenvorstand Uwe Berghaus nannte dies zwar grundsätzlich sinnvoll. „Aber es entsteht der Eindruck, dass im deutschen Mittelstand Innovationen nicht systematisch genug betrieben werden“, so der Manager. „Wenn Firmen deswegen den Anschluss an neue Märkte und Produktrends verpassen, kann sich das rächen.“

Fachpersonal fehlt

Als größtes Hemmnis für mehr Innovation bewerten die Unternehmen laut der Umfrage den Mangel an geeignetem Personal. „Wenn bei zwei Dritteln der Mittelständler die Fachkräfte fehlen, um Innovationen voranzutreiben, leidet ihre Wettbewerbsfähigkeit“, sagte Berghaus.

Die gute Nachricht der Umfrage sei: Es gebe kaum Unternehmen, die in den nächsten drei Jahren ihre Investitionen insgesamt verringern wollen (sieben Prozent). Alle anderen planen demnach, ihre Ausgaben zu steigern (40 Prozent) oder zumindest konstant zu halten (53 Prozent).

Politik

Mittelstand stuft Politik der Bundesregierung als Risiko ein

Wirtschaftspolitik der Bundesregierungen zählt zu größten Risiken für deutschen Mittelstand / Fachkräftemangel eklatant

Der Fachkräftemangel und der deutsche Gesetzgeber stellen die größten Gefahren für die Zukunft des deutschen Mittelstands dar. Das legt der aktuelle Report „Unternehmensnachfolge“ der Beratungsgesellschaft BWS nahe. Für die Studie wurden 100 mittelständische Firmen befragt.

Demnach stufen 86 Prozent der Unternehmen den zunehmenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als „lebensbedrohlich für die deutsche Wirtschaft“ ein. An zweiter Stelle steht die Angst vor einer wirtschaftsfeindlichen Gesetzgebung, die bei 80 Prozent der befragten Mittelständler grassiert. „Für den Großteil der mittelständlichen

Unternehmer stellen offenbar die von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen die größten Hürden dar“, erklärt BWS-Geschäftsführer Peter Hertweck.

Mäßige Innovationskraft

Immerhin räumen knapp drei Viertel der Mittelständler laut Umfrage selbstkritisch eine nur mäßige Innovationskraft ein, auch in Ermangelung hochqualifizierter Fachkräfte. Über die Hälfte sieht hierbei die größte Gefahr in der digitalen Transformation, also der Umstellung auf digitale Geschäftsprozesse. 52 Prozent der Mittelständler sehen sich dadurch mit grundlegenden Marktveränderungen konfrontiert, die ihre Geschäftsmodelle teilweise völlig

auf den Kopf stellen. Für ein Drittel der befragten Unternehmen resultiert hieraus nach eigener Einschätzung ein verschärfter internationaler Wettbewerb.

Weiterhin hat die Studie zutage gefördert, dass Finanzierungsfragen die mittelständische Wirtschaft keineswegs so stark belasten wie gemeinhin dargestellt. Laut Eigenauskunft stellt die Unternehmensfinanzierung nur für 40 Prozent der befragten Unternehmen eine Herausforderung dar. „Wenn 40 Prozent des Mittelstands mit der Finanzierung kämpfen ist das allerdings kein Grund zur Entwarnung“, gibt BWS-Geschäftsführer Peter Hertweck zu bedenken.

Finanzen

Großkonzerne könnten Mittelstands-Förderung einstreichen

Großunternehmen forcieren neue Definition des Begriffs KMU / Gegenseite wehrt sich gegen höhere Werte

Die EU-Kommission ist dabei, Empfehlungen für eine mögliche neue Definition des Begriffs KMU auszuarbeiten. Bis Ende Mai nächsten Jahres will sie damit fertig sein. Derzeit werden KMUs folgendermaßen definiert: Kleinunternehmen haben weniger als zehn Mitarbeiter und zwei Millionen Euro Jahresumsatz. Kleinunternehmen haben weniger als 50 Mitarbeiter und zehn Millionen Umsatz. Mittlere Unternehmen haben weniger als 250 Mitarbeiter und 50 Millionen Jahresumsatz. Grund der Neudefinition sind die Inflation sowie der Umstand, dass die Produktion der Betriebe gestiegen ist.

Treiber für die geplante Neudefinition sind nicht zuletzt die Großunternehmen. Deren Ziel ist es nämlich, dass mehr Unternehmen unter die KMU-Definition fallen. Der Grund: Für KMUs hält die EU eine ganze Reihe von Fördermöglichkeiten bereit. An die möchten die großen Unternehmen selbstverständlich auch herankommen. Bis zu einem gewissen Grad tun sie das bereits jetzt, möchten aber noch mehr Fördergelder einstreichen.

Möglich ist das dadurch, dass die großen Firmen Teile einfach abspalten, und diese anschließend als sogenannte „verbundene Unternehmen“ oder „Partnerunternehmen“ fungieren. Aus orga-



Es scheint im Interesse der Großunternehmen, dass neu definiert wird, was ein KMU ist.

Foto: dpa

nisatorischen Gründen ist das allerdings derzeit häufig noch unmöglich. Deshalb ist es im Interesse der Großunternehmen, dass neu definiert wird, was ein KMU ist. Je größer die Zahlen bei der Neudefinition ausfallen, desto besser für die Großunternehmen, denn desto einfacher wird es für sie sein, eine Einheit abzuspalten, in ein KMU umzuwandeln und entsprechende Fördergelder zu kassieren.

Derzeit kann man davon ausgehen, dass bei der Neudefinition die Mitarbeiterzahl gleichbleibt, die Umsatzzahlen aber nach oben verändert werden. Eine ganze Reihe von Verbänden und Institutionen, die KMUs vertreten, wehren sich gegen eine zu starke Verschiebung nach oben, damit die Fördergelder – die natürlich nicht ausgeweitet werden – auch in Zukunft ihren Mitgliedern, und nicht den Großunternehmen, zu Gute kommen.

Handel

China will Zusammenarbeit mit deutschem Mittelstand ausbauen

Zahl der Mittelständler in China soll sich deutlich erhöhen / Reich der Mitte bietet Unternehmen Hilfestellung an



Mingde Shi, Botschafter der Volksrepublik China.
Foto: dpa

China will die Wirtschaftsbeziehungen mit dem deutschen Mittelstand stark ausbauen. Das hat der chinesische Botschafter in Deutschland, Shi Mingde, betont. Angesichts der Globalisierung bräuchten Deutschland und China einander: „Wir sind alle voneinander abhängig“.

Der Diplomat sprach sich für eine Ausweitung des Freihandels zwischen seinem Land und der Bundesrepublik aus. Schließlich sei diese mit einem Anteil von fast einem

Drittel am gesamten Handel mit der EU der wichtigste europäische Handelspartner Chinas. Mingde betonte, dass bereits mehr als 8000 deutsche Mittelständler in China aktiv seien. Diese Zahl könne und solle rasch erhöht werden. Um dies zu erreichen, böte das Reich der Mitte den deutschen Unternehmen eine ganze Reihe von Hilfestellungen an. Sowohl die chinesische Botschaft in Berlin und die diversen chinesischen Konsulate in anderen deutschen Städten stünden als

Ansprechpartner zur Verfügung. Und wer bereits im Land sei, könne sich in China an lokale Institutionen wenden, beispielsweise Handelskammern sowie Einrichtungen von einzelnen chinesischen Provinzen sowie größeren Städten.

Auf die Frage, wann China seinen Markt für ausländische Firmen endgültig vollständig öffne, gab Mingde eine

diplomatische Antwort: Das Reich der Mitte sei erst noch auf dem Weg, eine entwickelte Industrienation zu werden. Aber es sei dabei, sich ausländischen Firmen in steigendem Maße zu öffnen. Der Botschafter sagte, in China werde mit Sorge registriert, dass es zunehmend protektionistische Tendenzen in Deutschland gäbe.

Als die größte Gefahr für den freien Welthandel bezeichnete Mingde die Vereinigten Staaten. Es scheine, als seien die USA nicht mehr gewillt, internationale Regeln und Verträge einzuhalten. Für die Zukunft der Weltwirtschaft sei das ein großes Risiko. Gerade deshalb sei es wichtig, dass Deutschland und China ihre guten Beziehungen kontinuierlich ausbauen.

Finanzen

Deutsche Schulen beklagen Investitions-Rückstand

Der Investitionsrückstand in der deutschen Bildungsstruktur weitet sich schnell aus / Grund sind steigende Kinderzahlen

In Deutschlands Kommunen fehlen mehr als 50 Milliarden Euro für Schulen und Kitas. Der Investitionsrückstand für Schulen erhöhte sich laut einer kürzlich veröffentlichten Analyse der staatlichen

bei rund 55 Milliarden Euro. Der gesamte Investitionsrückstand der Kommunen erreichte in dem seit 2009 erhobenen KfW-Kommunalpanel einen Höchststand von knapp 159 Milliarden Euro. Für die

steigenden Kinderzahlen. Die Zahl der Kinder unter sechs Jahren habe in den vergangenen acht Jahren um 450.000 zugenommen, erklärte KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner. Dies treibe den Ausbaubedarf in Kitas und Schulen gerade in wachsenden Ballungszentren.

Die Investitionen der Kommunen steigen zwar laut KfW seit einigen Jahren langsam an. Doch das hat demnach nicht unbedingt mehr und bessere Infrastruktur zur Folge. „Ein Großteil der Ausgaben wird durch steigende Baupreise regelrecht aufgefressen“, erklärte Zeuner.

Mit dem derzeitigen Investitionsniveau würde nach den Berechnungen der Bank der Abbau des Rückstands bei Kitas und Schulen fast sieben Jahre dauern. Dabei sind demnach der Ausbau von Ganztagschulen und der Unterhalt der bestehenden Infrastruktur nicht berücksichtigt.

KfW-Chefvolkswirt Zeuner mahnte „strukturelle Verbesserungen“ an, um die notwendigen Investitionen zu tätigen. „Gute Bildung setzt neben einem modernen Schulangebot, engagierten Lehrern und intelligenten Unterrichtsinhalten auch ordentliche Gebäude voraus“, erklärte Zeuner. Es sei dringend an der Zeit, „nach Jahren des Stillstands hier zu echten Fortschritten zu kommen“.



Mehr Kinder bedeuten auch einen gestiegenen Ausbaubedarf.

Foto: dpa

Förderbank KfW auf 47,7 Milliarden und lag damit noch einmal 14,9 Milliarden Euro höher als im Vorjahr. Der Rückstand bei den Kleinkinderbetreuung wuchs um 2,9 Milliarden Euro auf 7,6 Milliarden Euro.

Der Rückstand bei den kommunalen Bildungsausgaben liegt damit inzwischen

vom Deutschen Institut für Urbanistik erhobene Analyse werden Kammereien in Städten, Kreisen und Gemeinden befragt. Es handelt sich um die größte regelmäßige Befragung dieser Art.

Ein Grund für den wachsenden Investitionsstau an Schulen und Kitas sind die